

Briefwahl für mehr Gerechtigkeit
24.9. – Bundestagswahl
■ Thomas Nord unterwegs in seinem Wahlkreis *Seite 3*
■ Briefwahl für mehr Gerechtigkeit *Seite 4*

Meine Lust auf Wahlen: DIE LINKE.
Wahlprüfsteine
■ Fragen des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden – Antworten der LINKEN *Seite 5*

Abgasskandal
■ Automobilindustrie betrügt Verbraucher und gefährdet die Umwelt *Seite 12*

Das Programm der LINKEN zur Bundestagswahl ist machbar und durchgerechnet

■ Was kosten die Forderungen der LINKEN?

Das Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE will einen Aufbruch in eine solidarische Gesellschaft und einen Bruch mit der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik – mit Löhnen und Renten, von denen man leben kann, eine sanktionsfreie Mindestsicherung, bezahlbare Mieten, bessere Bildung, einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des sozialen Wohnungsbaus. Wir wollen eine echte Energiewende, Barrierefreiheit, eine soziale Offensive für Alle, auch für Geflüchtete. Wir wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Deutschland ist

eines der reichsten Länder der Welt, aber die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Wir wollen Armut beiseitigen und Reichtum im Interesse Aller einsetzen. Unser Programm ist machbar und durchgerechnet. Wir machen konkrete Vorschläge, wie unsere Forderungen finanzierbar sind.

1. In die Zukunft investieren

Wir werden jährlich über 100 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Hinzu kommen etwa 20 Milliarden für den sozial-ökologischen Umbau und digitale Infrastruktur. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird seit Jahren kaputtgespart. An erster Stelle stehen deshalb Investitionen, die das Leben der Menschen unmittelbar verbessern. Mindestens die Hälfte dieser Investitionen wird sich durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen selbst finanzieren.

Effektive Kosten also: 60 Milliarden Euro im Jahr.

In diesem Programm für die Zukunft sind u.a. enthalten:

- Bessere Bildung: Wir benötigen mehr Personal in Schulen, den Ausbau von Kitas, bessere Betreuungsverhältnisse, mehr Studienplätze, bessere

Ausstattung für Inklusion und Integration.

Kosten: 58 Milliarden Euro

- Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Wir brauchen einen Neustart für den sozialen Wohnungsbau. Mindestens 250 000 Wohnungen müssen pro Jahr gebaut und angekauft werden.

Kosten: 5 Milliarden Euro

- In den Krankenhäusern und der Pflege sind dringend Investitionen nötig.

Kosten: 13 Milliarden Euro

- Der öffentliche Nahverkehr soll ausgebaut werden.

Kosten: 7 Milliarden Euro

- Investitionen in Barrierefreiheit.

Kosten: 1 Milliarde Euro

- Digitale Infrastruktur und Energiewende.

Kosten: 20 Milliarden Euro

2. Eine solidarische Gesellschaft

- Armut und Ausgrenzung bekämpfen: Wir fordern u.a. eine sanktionsfreie Mindestsicherung, eine Anpassung des Wohngelds, eine längere Bezugsdauer von ALG I.

Kosten: 45 Milliarden Euro

GERECHT
Millionäre besteuern, mehr Geld für Kitas und Schulen
DIE LINKE.
www.die-linke.de

Nähe

Mehr Personal in Pflege und Gesundheit

DIE LINKE.

www.die-linke.de

- Soziale Rentenreform: 1 050 Euro solidarische Mindestrente, vermögens- und einkommensgeprüft. Angleichung der Ostrenten.
Kosten: 30 Milliarden Euro
- Familien unterstützen und Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studierende absichern: Kindergeld und BAfÖG erhöhen.
Kosten: 26 Milliarden Euro
- Leistungen der Krankenversicherung wieder verbessern. Zahnersatz muss wieder Kassenleistung sein u.v.m.
Kosten: 10 Milliarden Euro
- Wir nehmen Integration ernst: wir wollen eine soziale Offensive für Alle. Bessere Gesundheitsversorgung, Wohnungen und Bildung kommen auch Geflüchteten zu Gute. Kosten für Sprachkurse, aktive Arbeitsmarktpolitik für Geflüchtete und bessere Versorgung der Geflüchtete:
5 Milliarden Euro
- Wir wollen Demokratie stärken und die Beteiligung für Einkommensschwache erleichtern. Initiativen gegen Intoleranz und Gewalt sollen unterstützt werden.
Kosten insgesamt: 1 Mrd. Euro
- Um Fluchtursachen zu bekämpfen, müssen soziale Ungleichheiten bekämpft werden. Erste Schritte sind eine Entschuldung und die lange von der Regierung versprochene Anhebung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BIP.
Kosten: 10 Milliarden Euro

3. Was wir uns sparen können:

Umweltschädliche Subventionen und Steuerbefreiungen, teure Prestigeprojekte in der Forschung, Rüstungsforschung und dem Verteidigungsetat.
Einsparungen: 10 Milliarden €

Ausgaben insgesamt:
177 Milliarden Euro

■ So wollen wir unsere Vorschläge finanzieren

Es ist genug für Alle da, wenn Alle genug beisteuern. DIE LINKE legt

ein durchgerechnetes Steuerkonzept vor.

- Wir wollen, dass Vermögen ab einer Million Euro mit fünf Prozent besteuert werden. Die erste Million bleibt von der Vermögenssteuer freigestellt. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen „versteckt“ wird.

Mehreinnahmen pro Jahr:
mindestens 80 Milliarden Euro.

- Erbschaftsteuer: Reichtum wird vererbt – und das meist ohne dass nennenswerte Steuern bezahlt werden. Gerade die Superreichen können ihre Erbschaften in Schenkungen und Unternehmensanteilen verstecken. Die Reform der Erbschaftsteuer durch die Bundesregierung hat das nur noch erleichtert. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum wird freigestellt.

Mehreinnahmen im Jahr:
5 Milliarden Euro.

- Steuervollzug: Wir wollen sicherstellen, dass Unternehmen und Konzerne sich nicht den Steuern entziehen. Steuerhinter-

ziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen. Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen.

Mehreinnahmen pro Jahr:
etwa 15 Milliarden Euro.

- Unternehmen sollen wieder gerecht beteiligt und die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent erhöht werden. Beispielsweise sollen Managergehälter oberhalb von 500 000 Euro im Jahr nicht mehr als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.

Mehreinnahmen: 35 Mrd. Euro.

- Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer umwandeln.
- Mehreinnahmen für Kommunen:**
15 Milliarden Euro.

- Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden.

Jährliche Mehreinnahmen:
mindestens 30 Milliarden Euro.

Einnahmen insgesamt:
180 Milliarden Euro

Frieden

Abrüsten! Waffenexporte stoppen

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Thomas Nord unterwegs im Direktwahlkreis

Texte und Fotos:
Wahlkreisbüros
Thomas Nord

■ Mit Kirsten Tackmann in Heinersdorf, Frankfurt, Friedland



Kirsten Tackmann, Bettina Lehmann und Thomas Nord (v.l.n.r.) im Landschlachthof Lehmann in Heinersdorf

Akteure zu den Themen Familien- und Kinderarmut aus. Thomas Nord und der Frankfurter Kreisverband der Partei DIE LINKE unterstützen die Arbeit der Frankfurter Kindervereinigung und deren Piraten-Camps in diesem Jahr mit 400 Euro.

Die Spitzenkandidatin der Brandenburger LINKEN, Kirsten Tackmann, war am 10. August zu Gast im Wahlkreis 63 – Frankfurt (Oder) und Landkreis Oder-Spree. Zusammen mit dem Direktkandidaten im Wahlkreis, Thomas Nord, besuchte sie den Landschlachthof Lehmann in Heinersdorf (LOS, Gemeinde Steinhöfel). Vor Ort machten sich beide ein Bild von den regionalen Produktions- und Vertriebsmöglichkeiten. Des Weiteren ging es um Massentierhaltung, Bio-Fleisch und die aktuellen Lebensmittelskandale im Land sowie um Präventionsmöglichkeiten zur Verhinderung solcher Skandale.

Ein weiterer Termin auf der Tour war der Besuch des jährlich stattfindenden „Piraten-Camps“ der Frankfurter Kindervereinigung um Norbert Leitzke am Frankfurter Helenesee. Dort tauschten sich die

In Friedland (LOS) stand zunächst der Besuch bei der dortigen Agrargenossenschaft auf dem Programm, bei dem Kirsten Tackmann und Thomas Nord Unterstützung durch kommunale Abgeordnete erhielten.

Hier war die Themenpalette sehr breit und reichte von Fütterung über Probleme mit Behörden bei der Erweiterung von Ställen bis hin zur Sicherung von Maschinen vor Diebstahl.

Unterwegs nutzte Thomas Nord die Gelegenheit, um den von ihm Anfang des Jahres nominierten Stipendiaten für das Parlamentarische Patenschafts-Programm zu verabschieden. Dieser wird in einer Woche zu einem einjährigen Aufenthalt in den Südosten der USA aufbrechen.

Auf der Burg Friedland klang der Tag dann mit einem Grillabend bei



Kirsten Tackmann, Norbert Leitzke und Thomas Nord (v.l.n.r.) im Piraten-Camp am Frankfurter Helenesee

Bratwurst, Steak, Bier oder Apfelschorle gemütlich aus. Auch hier nutzten wieder einige Einwohnerinnen und Einwohner aus der Umgebung die Gelegenheit, mit dem Bundestagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen.



Eberhard Sradnick, Kirsten Tackmann und Thomas Nord (v.r.n.l.) besuchten die Agrargenossenschaft Friedland

■ In Bad Saarow, Beeskow, Lindenberg und Storkow

Die erste Augustwoche nutzte Thomas Nord vorrangig, um sich über die Probleme im ländlichen Raum zu informieren. So besuchte er u.a. die Burg Beeskow, die Kita in Groß Schauen und „Pflege mit Herz“ (Häusliche Krankenpflege und Seniorenbetreuung) in Bad Saarow.

Es fand ein erneutes Treffen mit der Direktorin der Burg Beeskow, Florentine Nadolni, statt, da sich seit seinem letzten Besuch im Mai erhebliche strukturelle Veränderungen ergeben haben, die insbesondere auch Auswirkungen auf die finanzielle Ausgestaltung auf das dortige Kunstarchiv haben wür-

den. Auch im Wettermuseum in Lindenberg ist der Abgeordnete ein oft und gern gesehener Gast. Diesmal erkundigte er sich u.a. über die Entwicklung der Besucherzahlen des vor zwei Jahren eröffneten Besucherzentrums.

In der Kita in Groß Schauen, die vom Verein „Sonnenschein“ betrieben wird, dessen weitere Einrichtungen Thomas Nord bereits bekannt sind, erfuhr er, dass die Kapazitäten der Nachfrage nicht standhalten können. Nach einem Geburtenknick vor rund zehn Jahren kommt nunmehr die 3-Kind-Familie wieder in Mode. Dies deckt



sich mit seinen eigenen Erfahrungen als Opa und bestätigt seine

Tagesausklang am Grill

eigene Vorhersage, dass Brandenburg entgegen der Landesplanung nicht entvölkert wird.

In Bad Saarow fanden Besuche im Buddhistischen Zentrum und bei „Pflege mit Herz“ statt. Dort erfuhren die Abgeordnete, dass Pflege nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ möglich ist. Aber

auch, dass durch den Gesetzgeber Missbrauch nach wie vor Tür und Tor geöffnet ist und für die Angehörigen viele bürokratische Fallstricke lauern. Im Literaturkabinett des Ortes konnte Thomas Nord zudem einen Einblick in die Vielzahl der dort (zumindest zeitweilig) tätigen Schriftsteller gewinnen.

Einen angenehmen Ausklang bot das allabendliche Beisammensein am Grill, bei denen viele Einwohnerinnen und Einwohner der besuchten Städte und Dörfer die Gelegenheit nutzten, mit einem Bundestagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen.

■ Deutsch-Polnisch-Ukrainischer Erfahrungsaustausch



In der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Hirschluch (Storkow) sprach am 8. August Thomas Nord

mit rund 30 Jugendlichen aus Deutschland, Polen und der Ukraine über ihre Motivation, an diesem Projekt teilzunehmen und ihre jeweiligen Erfahrungen.

Auch die politischen Entwicklungen in ihren Ländern wurden dabei thematisiert, was für Thomas Nord quasi ein Heimspiel war, da er als Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag mit vielen der angesprochenen Themen und vorgetragenen Probleme bestens vertraut ist.

Die Werkwoche im Hirschluch ist nach eigenen Angaben eine „große, generationenübergreifende Veranstaltung mit vielen spannenden kulturpädagogischen Workshops und einer über 30-jährigen Tradition in Hirschluch. Sie setzt sich zusammen aus vielen unterschiedlichen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, deutsche und ausländische Gäste, und lebt vom aktiven Miteinander und der Beteiligung aller Teilnehmenden. Schon seit vielen Jahren nehmen junge Leute aus Polen und der Ukraine an der Werkwoche teil und bereichern die Gruppenarbeit und das kulturelle Rahmenprogramm.“

Briefwahl für mehr Gerechtigkeit



Alle Informationen zur Briefwahl erhalten Sie im Internet unter:
<https://www.bundestagswahlen/2017/informationen-waehler/briefwahl.html>

In diesen Tagen werden die Wahlbenachrichtigungskarten versendet. Passend dazu werden gerade vielerorts die Plakate aufgehängt, die zur Briefwahl aufrufen, wie hier von Thomas Nord in Frankfurt (Oder), denn ab jetzt ist es möglich, sein „Kreuzchen zu machen“.

Bei der Briefwahl bekommen Wahlberechtigte den Stimmzettel per Post nach Hause geschickt, füllen ihn dort aus und schicken ihn anschließend per Post an das Wahlamt zurück. Wie das funktioniert? Jeder Wahlberechtigte erhält per Post eine Wahlbenachrichti-

gungskarte an seinen Hauptwohnsitz geschickt. Auf der Rückseite ist ein Briefwahlantrag aufgedruckt. Falls Sie per Briefwahl abstimmen möchten, einfach diese Rückseite ausfüllen und zurückschicken. Beim Antrag auf Briefwahl muss man keinen Grund angeben.

In einigen Städten und Gemeinden gibt es die Möglichkeit, Briefwahlunterlagen auch online auf der Internetseite der Kommune zu beantragen. Meistens ist dafür die Angabe der Kartennummer der Wahlbenachrichtigungskarte notwendig.

Die Briefwahlunterlagen können auch im Wahlamt persönlich beantragt und abgeholt werden. Dort besteht ebenfalls die Möglichkeit, die Stimme vor Ort abzugeben. Die Briefwahlunterlagen können auch durch einen mit einer schriftlichen Vollmacht und Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte ausgestatteten Vertreterin/Vertreter abgeholt werden.

DOKUMENTIERT

Wahlprüfsteine des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden zur Wahl des Deutschen Bundestages am 24. September 2017 an die Parteien

Fragen des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden – Antworten der LINKEN

Die politische Entwicklung in Europa und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland erfüllen uns zunehmend mit Sorge. Entgegen dem anerkannten politischen Grundsatz: „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!“ und den Bestimmungen des Grundgesetzes beteiligt sich Deutschland weltweit an kriegerischen Aktionen und kriegsvorbereitenden Handlungen. Wir verurteilen die grobe Missachtung des grundlegenden Menschenrechts auf Leben und Gesundheit durch Vorbereitung von militärischen Auseinandersetzungen und aktive Beteiligung der Bundesregierung an Kriegen in der Welt. Besonders unerträglich ist für uns die Hetze gegen Russland und die Stationierung deutscher Soldaten im Rahmen der NATO an dessen Westgrenze. Die sozialen Menschenrechte wie das Recht auf Bildung, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnen werden nicht durchgesetzt, die Politik der Regierung richtet sich an den Interessen der die Wirtschaft beherrschenden Unternehmen aus und fördert damit eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Die Diskriminierung der Ostdeutschen Bevölkerung ist auch nach einem Vierteljahrhundert des Anschlusses der DDR an die BRD entgegen den Anforderungen des Grundgesetzes nicht beendet. Im Namen der Mitglieder unserer Verbände und Vereinigungen fordern wir die Parteien und Kandidaten, die zur Bundestagswahl antreten, auf, zu nachfolgenden Fragen ihren Standpunkt zu äußern:

1. Auslands- und Kriegseinsätze der Bundeswehr

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Unterbindung von Auslands- und Kriegseinsätzen der Bundeswehr?

Antwort: Ja. DIE LINKE hat seit ihrem Einzug in den Bundestag alle Auslandseinsätze der Bundeswehr abgelehnt und wird dies auch weiterhin tun. Im vom Parteivorstand am 1./2. April 2017 beschlossenen Leit Antrag zum Wahlprogramm ist die friedenspolitische Position der LINKEN fest verankert. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden.

2. Produktion und Export von Waffen

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine spürbare Reduzierung der Produktion und des Exports von Waffen und für eine strikte Unterbindung des Waffenexports in Krisenregionen?

Antwort: Ja. Wir wollen erreichen, dass überhaupt keine Waffen und Rüstungsgüter mehr in andere Länder exportiert werden. Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten. Als einzige Fraktion im Bundestag fordert die Linksfraktion regelmäßig in Anträgen den Waffenex-

port in Golfstaaten (18/8930) oder speziell nach Saudi-Arabien (18/7543) zu stoppen. Unser Ziel ist, dass sämtliche Rüstungsproduktion in Deutschland eingestellt wird. Wir wollen Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln.

3. Ächtung aller Atomwaffen

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine weltweite Ächtung aller Atomwaffen und den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland?

Antwort: Ja. Gerade haben wir – gemeinsam mit den Grünen – die Bundesregierung in einem Antrag (18/11609) aufgefordert, die UN-Verhandlungen über die Ächtung von Atomwaffen zu unterstützen. Im Dezember 2016 hatte die UN-Vollversammlung beschlossen, Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot noch im Jahr 2017 aufzunehmen. Wir haben kritisiert, dass die Bundesregierung diesen Beschluss nicht mitgetragen hat und bislang an den Verhandlungen auch nicht teilnehmen will.

4. Aktivitäten der Friedensbewegung

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Unterstützung der Aktivitäten der Friedensbewegung zur Schließung des Kommando-Zentrums der US-amerikanischen Armee zur Drohnen-Kriegsführung in Ramstein?

Antwort: Ja. DIE LINKE fordert die Schließung sämtlicher Standorte in Deutschland, die an Drohnenkriegen beteiligt sind. An den Protesten der Friedensbewegung in Ramstein beteiligt sich DIE LINKE regelmäßig. Im vergangenen Jahr ist dort Oskar Lafontaine aufgetreten. Auch in diesem Fall verbinden wir die aktive Unterstützung auf der Straße mit der Unterstützung im Parlament. Unsere Bundestagsfraktion hat die Forderung der Friedensbewegung in den Bundestag getragen (18/10863).

5. Beziehungen zu Russland

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa und weisen Sie deshalb die russlandfeindlichen Maßnahmen der NATO, wie die Entsendung deutscher Truppen an die Grenzen Russlands, zurück?

Antwort: Ja. Die deutsch-russischen Beziehungen müssen dringend verbessert werden. In dieser Verantwortung stehen wir auch angesichts der Lehren aus der Vergangenheit. Es ist aber auch eine Notwendigkeit der Gegenwart. Internationale Konflikte können nur mit Russland gelöst werden. Mit der wach-

senden Konfrontation mit Russland wächst auch die Kriegsgefahr in Europa. Wir brauchen eine neue auf Entspannung ausgerichtete Ostpolitik. Die Entsendung der Bundeswehr ins Baltikum, die Truppenmanöver der NATO in Osteuropa und die Installation des NATO-Raketenschirms lehnen wir ebenso ab wie die NATO-Osterweiterung. In ihrem Antrag „Für eine neue Ostpolitik Deutschlands“ (18/11167) macht unsere Bundestagsfraktion Vorschläge für eine Wiederverbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses. Die EU-Sanktionen sollen aufgehoben, auf Regime-Change-Politik verzichtet werden. Wir wollen den Austausch mit Russland auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene (Jugendaustausch etc.) intensivieren

6. Auflösung der NATO

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für einen Rückzug der BRD aus der NATO und Aktivitäten zur Auflösung der NATO?

NACHRICHT

Verpflichtung auf Frieden ist die beste Traditionspolitik

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum ersten Bundeswehr-Workshops zur Traditionspolitik am 17. August 2017 in Hamburg

Die Bundeswehr sollte sich einfach auf ihren Verfassungsauftrag besinnen und Kampfeinsätze im Ausland unterlassen. Die militärische Traditionspolitik sollte strikt einer friedlichen Außenpolitik verpflichtet sein. Um dem Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes zu entsprechen, braucht es weder „Kämpfer“ aus der Wehrmacht noch aus den Auslandseinsätzen der Bundeswehr als Vorbilder.

Leider verfolgt die Verteidigungsministerin andere Prioritäten. Sie will eine Bundeswehreigene Tradition von Kampfeinsätzen stiften und so das Selbstverständnis der Truppe an die Bedingungen multinationaler Auslandseinsätze anpassen. Nur aus diesem Grund will von der Leyen eine gewisse Distanz zur Wehrmacht schaffen. Eine klare Abkehr von der Naziarmee ist aber nach wie vor nicht geplant: An Offizieren wie Rommel will sie erklärtermaßen genauso festhalten wie an Heusinger und Steinhoff, die Hitler bis zuletzt treu dienten und ihre Karrieren dann in der Bundeswehr fortführten.

Kriegseinsätze, egal ob unter dem Hakenkreuz oder dem Eisernem Kreuz, sind die falsche Orientierung. Wir brauchen eine friedliche Außen- und Militärpolitik, die sich an zivilen Vorbildern orientiert.

Antwort: Ja. DIE LINKE sieht in der NATO ein Relikt aus dem Kalten Krieg. Die NATO muss überwunden und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands ersetzt werden. Als ersten Schritt in diese Richtung soll Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austreten. Die NATO-Forderung, die deutschen Militär- und Rüstungsausgaben zukünftig zu verdoppeln, lehnt DIE LINKE kategorisch ab. Ein erster konkreter Schritt, den wir dazu beitragen können, ist die Schließung der militärischen Strukturen der NATO hier in der Bundesrepublik, denn durch die Existenz wichtiger NATO-Stützpunkte ist die Bundesrepublik fest in die Führung von Kriegen durch die NATO und ihre Mitgliedsstaaten, allen voran die USA, eingebunden.

7. Schere zwischen Arm und Reich

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für spürbare Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation vor allem der unteren Schichten in der BRD? Unterstützen Sie alle Maßnahmen, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen?

Antwort: Die Befunde des in diesen Tagen vorgelegten Fünften Armuts- und Reichtumsberichts zeigen einen dringenden Handlungsbedarf zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit durch mehr soziale Gleichheit. Das bedeutet auch, dass die sozialen Ursachen für gesundheitliche Ungleichheit konsequent bekämpft werden. Der Bericht zeigt, dass der ökonomische Reichtum der Gesellschaft insgesamt zunimmt. Die notwendigen Ressourcen für eine lebenswerte und solidarische Gesellschaft für alle sind vorhanden. DIE LINKE benennt die politischen Ursachen von sozialer Ungleichheit und Armut und benennt, dass die Leistungen der Grundsicherung das sozio-kulturelle Existenzminimum von hilfebedürftigen Personen nicht decken. Sie zeigt die Bedarfsunterdeckung und Armutslage der Leistungsberechtigten auf. Unmittelbar einsichtige politische Ursachen von sozialer Ungleichheit am unteren Ende – nämlich Grundsicherungsleistungen unterhalb der Armutsgrenze – werden durch DIE LINKE in ihren parlamentarischen Initiativen offenlegt. Durch DIE LINKE im Bundestag wird die Notwendigkeit der sozialpolitischen Umverteilung zur Herstellung einer gerechteren Gesellschaft deutlich hervorgehoben. Die zentrale Verteilungsfrage wird in den Mittelpunkt gestellt. Auch wird auf die sozialen und öko-

nomischen Kosten der Ungleichheit hingewiesen. Es werden die Aussagen der OECD oder auch des DIW (DIW-Wochenbericht 10/2017), dass steigende Einkommensungleichheit auch das Wirtschaftswachstum negativ beeinflussen, durch uns in die Debatte eingebracht. In unserem Wahlprogramm finden sich konkreten Vorschläge zur nachhaltigen Bekämpfung von Armut und Ungleichheit und zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle.

8. Menschenrecht auf Arbeit, Bildung und Wohnung

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Durchsetzung des Menschenrechts auf Arbeit, Bildung und Wohnung und ein Verbot der Spekulation mit Grund und Boden sowie Immobilien?

Antwort: Soziale Grundrechte sind unabdingbar für ein würdiges Leben in einer sozial gerechten Gesellschaft. DIE LINKE hat deshalb einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes „Aufnahme Sozialer Grundrechte ins Grundgesetz“ (BT-Drs. 18/10860; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/108/1810860.pdf>) erarbeitet. Grundlegende wirtschaftliche und soziale Rechte sollen mit der Aufnahme in das Grundgesetz verfassungsrechtlich konkretisiert sowie rechtlich durchsetzbar gewährleistet werden. Dabei soll auch das Sozialstaatsprinzip durch die Aufnahme der Sozialen Grundrechte ins Grundgesetz der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung konkrete Maßstäbe an die Hand geben. Zudem soll die soziale Verpflichtung des Staates dadurch ausdrücklich zu einem individuellen, subjektiv durchsetzbaren Recht werden. Den Menschen könnten von Verfassung wegen unmittelbare Leistungsansprüche zugestanden werden, die im Falle ihrer Nichtgewährung gerügt werden könnten, d.h. auch individuell einklagbar werden. Dem Abbau sozialer Sicherungssysteme könnte so eine verfassungsrechtliche Grenze gesetzt werden. Die in das Grundgesetz aufgenommenen sozialen Menschenrechte beinhalten die wichtigsten Voraussetzungen eines sozial gerechten Lebens in den Bereichen Arbeit, soziale Sicherheit, Gesundheit und Pflege, Wohnen und Bildung. Über diesen parlamentarischen Vorstoß hinaus bemüht sich DIE LINKE für eine Unterzeichnung und Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt, der nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges, die Möglichkeit einer Individualbeschwerde an den zuständi-

gen UN-Sozialausschuss vorsieht. Wohnungen sind zu einem beliebten Objekt für Finanzspekulation geworden. In den Metropolen kämpfen Initiativen gegen „Gentrifizierung“ gegen die Verdrängung einkommenschwacher Anwohnerinnen und Anwohner aus ihren Stadtteilen. Für DIE LINKE ist Wohnen ein Teil der Daseinsvorsorge. Das Soziale Menschenrecht auf Wohnen nimmt einen zentralen Stellenwert in dem genannten Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes „Aufnahme Sozialer Grundrechte ins Grundgesetz“. DIE LINKE unterstützt die Kommunen beim Aufbau wohnungswirtschaftlicher Eigenbetriebe, die nicht profitorientiert, sondern gemeinwohlorientiert agieren, die öffentlich kontrollierbar sind und unmittelbar Einfluss auf gute Wohnqualität zu relativ niedrigen Mieten nehmen. Hierzu fordern wir einen Rekommunalisierungsfonds als Bundesprogramm, damit die Gemeinden ehemals privatisierte Wohnungsbestände wieder zurückerwerben können. Um dies zu erleichtern, sollen die Gemeinden ein gesetzlich geregeltes Vorkaufsrecht für diese und andere Mietwohnungen erhalten. Darüber hinaus wollen wir die Spekulation mit Wohnungen bekämpfen. Die steuerbegünstigte Veräußerung von vermieteten Wohngebäuden ist abzuschaffen. Wohnungsverkäufe im Rahmen von Firmenverkäufen sind steuerlich den privaten Wohnungsverkäufen gleichzusetzen. Für Wohnungsbestände, die mit öffentlichen Mitteln gebaut worden sind, sollen die Kommunen ein gesetzlich geregeltes Vorkaufsrecht erhalten. Ansonsten soll für Wohnungsverkäufe eine Haltefrist gelten, um Spekulationsgeschäften vorzubeugen. Auch für alternative Wohnformen muss es Sicherheit geben. Das Besetzen von spekulativ leerstehenden Häusern muss legalisiert werden. Die massenhafte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die Zweckentfremdung von Mietwohnungen wollen wir stoppen. Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, dies auf dem Verordnungsweg zu verbieten. Die ostdeutschen Wohnungsunternehmen sind bei den Altschulden zu entlasten. Der Stadtumbau Ost ist vom Bund weiterhin zu unterstützen, darf aber nicht zur Wohnungsverknappung führen und muss die Qualitätsverbesserung der Wohnungen zum Ziel haben.

9. Öffentlichen Daseinsvorsorge

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Unterbindung einer weiteren Privatisierung lebenswichtiger Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Rückgängigmachung von bereits vollzogener Privatisierung?

Antwort: Ja. Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnt DIE LINKE seit Jahren ab und unterstützt die Rekommunalisierung von zuvor privatisierten öffentlichen Dienstleistungen. Im Plenum des Deutschen Bundestages, in Länderparlamenten, in kommunalen Gremien und auf zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Land haben Politiker*innen und Mitglieder der LINKEN vor den Gefahren für die kommunale Daseinsvorsorge gewarnt, die insbesondere mit TTIP, CETA und ähnlichen Abkommen verbunden sind.

Das Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. erarbeitete die im Beitrag genannten Wahlprüfsteine (kursiver Text) und sendete diese am 30. März an die im Bundestag vertretenen Parteien mit der Bitte, darauf zu antworten (Stand 18. 8. 2017):

- CDU/CSU keine Antwort
- SPD vorläufige Antwort
- **DIE LINKE** **Antwort erhalten**
- BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN keine Antwort

Am 5. Juni wurden an folgende nicht im Bundestag vertretende Parteien ebenfalls die Wahlprüfsteine versandt (Stand 18. 8. 2017):

- DKP Eingang bestätigt, Antwort in Aussicht gestellt
- FDP Eingang bestätigt, Antwort bis Mitte Juli in Aussicht gestellt
- KPD keine Reaktion

10. Fluchtursachen

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Beseitigung der Ursachen in der Welt, die Menschen zur Flucht zwingen?

Antwort: Ja. Alle Parteien reden davon, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen. Aber nur DIE LINKE hat Vorschläge, die diesem Anspruch gerecht werden. Die Fluchtursache Nummer 1 ist Krieg. Insofern könnte Deutschland den größten Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen leisten, wenn es konsequent abrüstet, Waffenexporte stoppt und die Bundeswehr aus ihren Auslandseinsätzen abzieht (siehe oben). Außerdem muss Deutschland ganz klar Abstand nehmen von der Politik des Regime-Change. Die Anmaßung des Westens, über Sturz oder Verbleib von Regierungen anderer Länder zu entscheiden, hat viele Staaten ins Chaos gestürzt, ganze Regionen destabilisiert und Bürger- und Stellvertreterkriege hervorgerufen – und damit den Boden bereitet für islamistische Terrorgruppen. In Folge dessen waren und sind Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Schließlich müssen wir die globalen wirtschaftlichen Beziehungen verändern, wenn alle Menschen eine Perspektive haben sollen an dem Ort, an dem sie leben. DIE LINKE hat sich deshalb – gemeinsam mit sozialen Bewegungen in Afrika – gegen die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gewandt, die die afrikanischen Märkte noch weiter für Importe aus der EU öffnen sollen und die die lokalen Märkte dort zerstören werden. Wir setzen uns ein für solidarische Handelsbeziehungen, die Entwicklungsunterschiede berücksichtigen und den Ländern des Südens eine eigenständige Entwicklung ermöglichen. Wir verweisen auf die Broschüre der Linksfraktion: „Wie Flucht gemacht wird – Fluchtursachen und die Verantwortung Deutschlands“.

11. Soziale Gerechtigkeit und Schutz vor Armut

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Unterbindung aller Maßnahmen der EU, die Länder des Südens im Interesse des Finanzkapitals auszubluten?

Antwort: Ja, so hat DIE LINKE ungerechte, zum Nachteil der Länder des Südens ausgestaltete Freihandelsabkommen stets abgelehnt und wird auch künftig so verfahren. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist und bleibt unser Ziel.

12. Menschenwürdige Bedingungen für Flüchtlinge

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Schaffung menschenwürdiger Bedingungen für die zu uns kommenden Flüchtlinge und die Unterbindung der Abschiebung von Asylsuchenden in Krisengebiete?

Antwort: DIE LINKE hat sich bereits in der laufenden Wahlperiode beispielsweise für bundeseinheitliche Standards bei der Unterbringung von Flüchtlingen, die volle Kostendeckung durch den Bund und besondere Aufnahmebedingungen für Menschen mit besonderem Schutzbedarf eingesetzt. Das wer-

den wir auch im zukünftigen Bundestag tun. Wir werden auch weiterhin klar die Stimme gegen Abschiebungen in menschenunwürdige Lebensbedingungen erheben, sei es auf dem Balkan oder in Afghanistan.

13. Diskriminierung der ostdeutschen Bevölkerung

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für wirksame Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Annäherung von Ost- an Westdeutschland und damit der Aufhebung der Diskriminierung der ostdeutschen Bevölkerung bei berechtigten Lohn- und Rentenansprüchen?

Antwort: DIE LINKE kämpft für Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse. Es ist eine soziale Demütigung, dass die Ost-Löhne im 27. Jahr der deutschen Einheit immer noch rund 20 Prozent unter den westdeutschen Löhnen liegen. Auf allen Deutschlandkarten zeichnet sich bei Arbeitslosigkeit, Vermögen, Einkommen oder Wirtschaftskraft die DDR ab, weil die Unterschiede zwischen Ost und West immer noch gravierender sind als andere innerdeutsche Disparitäten. Wir kämpfen gegen die Hinhaltepolitik der Regierungsparteien und geben den ostdeutschen Interessen im Bundestag eine Lobby.

14. Diffamierung der DDR

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für ein Ende der Diffamierung der DDR als Unrechts- und Pleitenstaat und damit gegen die Diffamierung der Lebensleistung von Millionen ostdeutschen Bürgern?

Antwort: DIE LINKE will im Osten Volkspartei bleiben. Wir haben eine besondere historische, soziale und kulturelle Verantwortung, aber auch Verbundenheit mit Ostdeutschland. Die Menschen im Osten haben in der DDR und beim gesellschaftlichen Wandel nach dem Mauerfall besondere Erfahrungen gemacht. Die meisten ostdeutschen Errungenschaften werden von der Mainstream-Politik aber gar nicht anerkannt, sondern abgewertet. Dabei sind sie wertvolle Zukunftsimpulse und Alternativen zu sozialer Kälte und kapitalistischer Profitgier. Den kulturellen Demütigungen der Ostdeutschen stellen wir eine selbstbewusste Ostdeutschlandpolitik entgegen. Wir wollen die progressiven Lebensmodelle der Ostdeutschen stärken, zum Beispiel die egalitäreren Rollenvorstellungen von Frauen und in Familien.

15. Angleichung der Rentenwerte Ost und West

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Aufhebung des Rentenunrechts und damit für eine schnelle Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West mit sofortiger Wirkung?

Antwort: Wir verstehen uns im Unterschied zu den anderen Parteien als ostdeutsche Interessenvertreterin. Gleiche Löhne und Renten für gleiche Arbeit und Lebensleistung sind unser oberstes Ziel für Ostdeutschland. Wir wol-

len unverzüglich, spätestens aber bis 2019 die steuerfinanzierte Rentenangleichung unter Beibehaltung der Umrechnung der ostdeutschen Entgelte, bis die niedrigeren Ost-Löhne annähernd an den Westdurchschnitt angeglichen sind. Denn sonst werden Abwanderung und Berufspendeln aus dem Osten noch zunehmen, weil niemand mehr für Mini-Löhne und spätere Mini-Renten dort arbeiten will. DIE LINKE setzt sich für gut bezahlte Arbeit und eine zukunftsfähige Wirtschaft ein, die mehr als verlängerte Werkbank ist. Gegen die ostdeutschen Niedriglöhne wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro einführen. Wir wollen Genossenschaften und gemeinwohlorientiertes, regionales Wirtschaften stärken. Innovative Industrien und Entwicklungen im Osten sollen langfristig besonders gefördert werden.

16. Strafrenten

Frage: Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Aufhebung der menschenrechtsverletzenden Strafrenten gegen Verantwortungsträger der DDR und ihrer Sicherheitsorgane und damit für die Aufhebung der grundgesetzwidrigen Nutzung des Sozialrechts als Strafrecht?

Antwort: Als einzige im Bundestag vertretene Partei hat DIE LINKE (wie vorher die PDS) gegen das Unrecht bei der Überführung von DDR-Rentenanwartschaften gekämpft. Wir haben auch in dieser Legislaturperiode immer wieder parlamentarische Anträge im Bundestag zur Abstimmung gestellt, mit denen das Versorgungsunrecht, die Überführungslücken und die Strafrenten beseitigt werden sollten. Selbstverständlich müssen die als politisches Strafrecht empfundenen Sanktionen bei als staatsnah eingestuften Personen und allen beim Ministerium für Staatssicherheit Beschäftigten unverzüglich aufgehoben werden. Diese Eingriffe in die Rentenformel halten wir für politische Willkür, die sofort abgeschafft werden muss.

Quelle: <https://www.die-linke.de/wahlen/positionen/wahlpruefsteine/>





von
Dr. Artur Pech,
 Schöneiche,
 Mitglied des Präsi-
 diums des Bundesaus-
 schusses der Partei
 DIE LINKE,
 Vorsitzender der
 Fraktion DIE LINKE
 im Kreistag Oder-
 Spree

Sind die Menschen im Osten fremdenfeindlicher als die im Westen Deutschlands?

Drei Episoden und eine Lehre

Von gut bezahlten Instituten werden immer neue Studien verfasst, um den Nachweis zu erbringen: Der Osten ist fremdenfeindlicher als der Westen und die Ursache dafür wird – getreu der Totalitarismus-Doktrin – im Erbe der DDR ausgemacht.

In vielen dieser „Untersuchungen“ wird aus dem Volke heraus gefragt, was belegt werden soll. Manchmal so dreist, dass sich – wie jüngst geschehen – selbst die auftraggebenden Zahlmeister davon distanzieren.

Fragen wir also nicht das gewünschte Ergebnis aus dem Volke heraus, sondern betrachten wir drei Episoden aus der Erfahrungswelt der Menschen entlang der Oder-Neiße-Grenze, die ihre Spuren hinterlassen haben.

Erste Episode – Einflussnahme auf den grenzüberschreitenden Reiseverkehr mit dem Ausland durch ökonomische Maßnahmen

In den Jahren nach 1961 gab es in der DDR einen spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung. Eine Folge dieses Aufschwungs war die wachsende Reiselust der DDR-Bürger. Das schloss ein spürbares Wachstum des Tourismus in das (sozialistische) Ausland ein.

Dafür konnten die Reisenden die notwendigen Zahlungsmittel (Valuta) ihrer Ziel- oder auch Transitländer bei den dafür bestimmten Bankfilialen der staatlichen Banken erwerben. Die DDR hatte diese Mittel durch Lieferungen an die entsprechenden Zielländer zu erwirtschaften.

Die Reiselust und das zu ihrer Befriedigung erforderliche finanzielle Polster der DDR-Bürger wuchsen jedoch schneller, als die geplanten Möglichkeiten zur Erwirtschaftung der Mittel. Deshalb wurde Mitte 1968 die „Einflussnahme auf den grenzüberschreitenden Reiseverkehr mit dem Ausland durch ökonomische Maßnahmen“ beschlossen.

Preiserhöhungen für einreisende Touristen, Gebühren für mitgeführte Waren (Zölle) und die

Anpassung (Verringerung) der Ausstattung ins Ausland reisender DDR-Bürger mit Valuta sollten Umfang und Art des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs mit den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Erfordernissen in Übereinstimmung bringen.

Die Einführung dieser ursprünglichen für Oktober 1968 beschlossenen Maßnahmen wurde wegen der Ereignisse in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) dann auf Anfang 1969 verschoben.

Im Ergebnis wurden zum Ende der Jahre 1969 und 1970 die beabsichtigten Ziele erreicht. Die subtile Steuerung über den Preis erzeugte auch ohne größere politische Wirren die gewünschten Wirkungen.

Zweite Episode – Visafreier Reiseverkehr mit der Volksrepublik Polen (Januar 1972 bis Oktober 1980)

Die Einführung des visafreien Reiseverkehrs bei zunächst unbeschränktem Geldumtausch folgte der Fiktion, dass sich die damit verbundenen Leistungen gegenseitig ausgleichen würden.

Das unterschiedliche materielle Lebensniveau, das Preisniveau und die gegensätzliche Preispolitik in beiden Ländern bewirkten jedoch das Gegenteil. Nach Erfolgsmeldungen im Februar lief die Sache zum Jahresende 1972 aus dem Ruder.

Wenn es in amtlichen Formulierungen hieß, dass „organisierte Einkaufsfahrten“ zu unterbinden sind und der Verkauf von Waren nur zur „Deckung des persönlichen Bedarfs der Besucher“ möglich sein sollte, dann waren Auseinandersetzungen an der Ladentheke, in überfüllten Zügen und an den Grenzübergängen die Folge. Wer wollte, der konnte Fremdenfeindlichkeit dazu sagen.

Am 23. November 1972 leitete Erich Honecker einen Brief an seinen polnischen Amtskollegen mit den Worten ein: „Ich wende mich an Dich mit diesem Brief aus Sorge, daß wenn nicht von beiden Seiten entschiedene Maßnahmen er-

griffen werden, eine gute Sache ins Gegenteil verkehrt werden kann.“

Dem folgte ein ganzer Komplex von Maßnahmen, um die Konflikte im visafreien Reiseverkehr zu beherrschen. Das ist für die Zeit bis 1988 auch weitgehend gelungen.

Konflikte beherrschen ist aber etwas anderes als Konflikte lösen. Die Kernprobleme blieben über die ganze Zeit des visafreien Reiseverkehrs erhalten.

Betrug z.B. der Wechselkurs von Mark der DDR (M) zu Złoty im Jahre 1972 noch 1:4,78 waren es im Jahre 1980 1:7,7. Die Fortsetzung der Politik weitgehend stabiler Preise in der DDR und der Geldentwertung in der VR Polen führte dann bis 1988 zu einem Kursverfall des Złoty von mehr als 50 Złoty für eine Mark der DDR. Das stimuliert auch das Bevölkerungsverhalten.

Dritte Episode – Reiseregulungen der Volksrepublik Polen ab Ende 1988

Im Jahre 1988 änderte die VR Polen ihre Politik zur Genehmigung von Auslandsreisen für polnische Staatsbürger. Bis dahin gültige Einschränkungen fielen weitgehend weg.

Diese Großzügigkeit war jedoch damit verbunden, dass die Reisenden regulär kaum über die erforderlichen Reisezahlungsmittel verfügten. Das hatte sowohl Folgen für den normalen Reiseverkehr als auch für seine Ausnutzung für andere Zwecke. Wer aus Polen mit seinen wirtschaftlichen Gegebenheiten wenige Kilometer durch die DDR nach West-Berlin fuhr, dem boten sich durch die unterschiedlichen Verhältnisse viele Möglichkeiten.

Ende Juni 1989 – also Monate vor der Grenzöffnung der DDR im November 1989 – war dann in der Presse zu lesen:

„Polenmarkt verboten ... Nach wochenlangem Hin und Her hat sich der Berliner Senat ‚schweren Herzens‘ wie es heißt, entschlossen, den sogenannten Polenmarkt in Berlin-Kreuzberg zu verbieten. Seit Anfang des Jahres kamen – infolge

vereinfachter polnischer Ausreisebestimmungen – immer mehr Polen in die Stadt, um Lebensmittel, Alkohol, Zigaretten, Tiere, Haushaltswaren, Bekleidung und allehand Krimskrams gegen begehrte Westmark zu verscherbeln.“ (*Die Zeit*, 30. 6. 1989 S. 8).

Es ist nicht nötig, hier das hinter dieser Entwicklung stehende Geschäftsmodell detailliert zu beschreiben. Ein kluger Kommentar aus der *Berliner Zeitung* vom 18. Oktober 1990 soll jedoch angeführt werden. Unter dem Titel „Grenzenloses Europa reicht nicht“ hieß es:

„Jeder weiß, welche Spannungen schon die bisherigen Reiseregungen erzeugten – Stichwort Polenmärkte – Spannungen, die weit über die reale Bedeutung dieser Grau-Zonen-Wirtschaft hinausgingen. Angesichts des heutigen sozialen Gefälles zwischen West- und Ostdeutschland und des weiteren Gefälles zwischen Ostdeutschland

und Polen ist es deshalb nicht damit getan, auf einen Stempel im Paß zu verzichten.

Es geht dabei nicht nur um einige Händler. Es geht darum, daß in der ehemaligen DDR – wie auch in Polen – Hunderttausende auf der Suche nach Arbeit sind ... Sollen die sozialen Verlierer beider Länder also nun im Namen der großen Freiheit und der deutsch-polnischen Freundschaft aufeinandergehetzt werden?“

Lehre:

Die Formen, in denen Konflikte zu Tage treten, haben sich über die Jahrzehnte geändert. In den letzten Jahren hat die Flucht vor Krieg und sozialer Not vorher beherrschende Diskussion über „Grenzkriminalität“ zurückgedrängt, ohne dass sich die alten Probleme erledigt hätten.

Wer heute den Slogan plakatiert „Grenzen sichern“ versucht tatsäch-

lich – wie schon 1990 erkannt – die Verlierer verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen. Mit dieser Erfahrung haben sich gerade die Menschen im Osten Deutschlands auseinanderzusetzen. Die Herkunftsländer haben sich geändert, das Problem ist geblieben.

Schlecht gemachte Grenzöffnungen befördern Fremdenfeindlichkeit auf andere Weise, als eine Politik der Abschottung – aber sie wirken ebenso.

Das ist der Nährboden für Wahlplakate mit dem Slogan „Grenzen sichern“. Dafür ertrinken Jahr für Jahr viele Tausend Menschen im Mittelmeer.

Gegen Vieles, was heute zu beobachten ist, erscheinen vergangene Konflikte geradezu harmlos. Es bleibt aber die Lehre:

An den Grenzen sind Probleme vielleicht für eine gewisse Zeit zu beherrschen. Zu lösen sind sie da nicht.

Gemeindevertretung Schöneiche schließt Vergütungslücke bei Praktikant*innen

Antrag der LINKEN erhält mehrheitlich Zustimmung

Junge Menschen sind eine der am meisten von unbezahlter und befristeter Beschäftigung betroffenen Gruppen. Ihre Situation hat inzwischen den Ausdruck „Generation Praktikum“ geprägt. Die Gemeindevertretung Schöneiche bei Berlin hat nun einen Antrag der LINKEN beschlossen, der die Situation von Praktikant*innen verbessern soll.

Die Gemeindeverwaltung und die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde Schöneiche bei Berlin sind beliebte Praktikumsorte. Allein in den Jahren 2012 bis 2014 wurden dort 52 Praktika verschiedener Art und Dauer absolviert.

Darunter sind Schülerpraktika von wenigen Tagen oder Wochen sowie Praxisphasen im Rahmen der Erzieherausbildung. Letztere werden im Rahmen des Tarifvertrages für Praktikantinnen und Praktikanten im öffentlichen Dienst (TVPöD) mit rund 10,50 Euro pro Stunde vergütet.

Keinerlei geregelte Vergütung erhielten bisher all jene, die ein Praktikum im Rahmen oder zu Vorbereitung eines Studiums oder einer Berufsausbildung durchführen (müssen). Sie sind eine der Lücken, die von der Bundesregierung bei der Einführung des gesetzlichen

Mindestlohns gelassen wurden. Solche Praktika dauern in der Regel mehrere Monate. In dieser Zeit erbringen die Betroffenen zwar meist keine hochqualifizierten Tätigkeiten, doch sie arbeiten oft in Vollzeit und verrichten da-

bei Zu- und Hilfstätigkeiten. Dafür verdienen sie eine angemessene Vergütung.

So sieht es eine knappe Mehrheit der Schöneicher Gemeindevertretung. Sie beschloss (8 Ja/7 Nein/1 Enthaltung) am 20. Juli 2017 einen Antrag der Fraktion DIE LINKE (BV 426/2017), der vorsieht, Praktika ab einer Dauer von drei Wochen mit mindestens 300 Euro monatlich, ab einer Dauer von drei Monaten in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns (derzeit 8,84 Euro/ Stunde) zu vergüten. Das entspricht einer Empfehlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Für den Antrag stimmten neben der Linksfraktion die Gemeindevertreter Andreas Bachhoffer (CDU), Philip Zeschmann (UBS), Erich Lorenzen (parteilos) und Daniel Forster (BBS). Dagegen votierten neben der SPD-Fraktion auch Bürgermeister Ralf Steinbrück (SPD) und die Gemeindevertreter*innen Lutz Kumlehn (FDP), Karin Griesche (CDU) und Bernd Spieler (Feuerwehr). Johannes Kirchner (Neues Forum) enthielt sich.



von
Fritz R. Viertel,
 Mitglied der Gemeindevertretung Schöneiche, Vorsitzender DIE LINKE Schöneiche,
 Foto: Andreas Winter



Veranstaltungstermine

- 1.9.2017, 17 Uhr, **Storkow**, Martplatz (an der Friedenseiche),
„Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Frieden kein Geschenk“ Bertolt Brecht
Friedensmeeting der Initiative Gruppe Storkower friedensbewegter Bürger
Mit unterschiedlichen Beiträgen wollen wir den Weltfriedenstag begehen. Bringen Sie gemeinsam mit uns durch Ihr Kommen und durch eigene Beiträge Ihren Friedenswillen zum Ausdruck.
- 9.9.2017, 10 Uhr, **Eisenhüttenstadt**, Lindenallee 30 (Rotes Café), **10. Oderland Friedensforum** (siehe Widerspruch 8/2017)

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im
September 2017



1.9. Frieda Tichter	Fürstenwalde	83 J.
3.9. Heinfried Körner	Erkner	86 J.
6.9. Wolfgang Pfeiffer	Fürstenwalde	65 J.
6.9. Dr. Klaus Roscher	Eisenhüttenstadt	82 J.
7.9. Marianne Fritsch	Eisenhüttenstadt	93 J.
7.9. Helga Juraschek	Fürstenwalde	75 J.
8.9. Gertraud Ohl	Fürstenwalde	86 J.
10.9. Henny Strauch	Bad Saarow	87 J.
11.9. Dr.-Ing. Bernhard Szepek	Woltersdorf	80 J.
12.9. Dr. Manuela Bober	Schöneiche	60 J.
13.9. Elfriede Ferdinand-Fritzenwanker	Eisenhüttenstadt	88 J.
14.9. Gerhard Giesel	Eisenhüttenstadt	84 J.
19.9. Olaf Ehseluns	Steinhöfel	81 J.
21.9. Jutta Bänsch	Tauche	82 J.
21.9. Fred-Hagen Grünewald	Fürstenwalde	65 J.
21.9. Eva-Maria Hamann	Müllrose	87 J.
22.9. Christa Förster	Eisenhüttenstadt	81 J.
26.9. Eberhard Blätterlein	Woltersdorf	88 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

„Wo drückt der Schuh in Erkner?“

Podiumsdiskussion mit Thomas Nord und Silke Voges, Kandidatin der LINKEN zur Bürgermeisterwahl Anfang 2018 in Erkner

6. September 2017, 19 Uhr, Erkner, Gerhart-Hauptmann-Museum (Gerhart-Hauptmann-Straße 1–2)



Thomas Nord

Mitglied des Bundestages, Direktkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl am 24. September 2017 im Landkreis Oder-Spree

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 12.9., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im September/Oktober 2017

- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 4.9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur 5.9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Sport
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 6.9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 7.9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 11.9., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 13.9., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagsordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

4.10., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Eintritt frei!

DIE LINKE.

Misch Dich ein und ergreif Partei
auf <http://mitglied.die-linke.de>
oder Hotline 030/24 00 99 99

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 1. 9. 2017, 16 Uhr, **Fürstenwalde**, Mühlenstraße 15 (Rote Bank),
„Lesen gegen den Krieg“,
MdB Thomas Nord und Mitglieder der Fürstenwalder LINKEN lesen Texte gegen den Krieg, gegen das Vergessen, zum Erinnern und Mutmachen. Um zu zeigen, dass Krieg und Gewalt als politische Instrumente geächtet werden und verschwinden müssen und dass wir LINKEN für eine friedliche Welt eintreten, die im Alltag vor Ort und in den Köpfen der Menschen ihren Anfang nimmt.
- 5. 9. 2017, 18 Uhr, **Schöneiche**, An der Reihe 5 (Kulturgießerei):
„Nein zum Krieg! Für ein friedliches und solidarisches Europa“, Podiumsdiskussion mit den Bundestagsabgeordneten Jan van Aken und Thomas Nord
- 15. 9. 2017, 16 Uhr, **Schöneiche**, An der Reihe 5 (Kulturgießerei):
LINKES Sommerfest mit Politik & Kultur;
ab 16 Uhr, Gespräche mit linken Kommunalpolitiker*innen aus Gemeindevertretung und Landkreis, 17–19 Uhr, **Podiumsdiskussion mit dem Ministerpräsidenten des Landes Thüringen Bodo Ramelow und dem MdB Thomas Nord!**
- 20. 9. 2017, 19 Uhr, **Schöneiche**, An der Reihe 1 (Historischer Raufutterspeicher):
„Suchst du noch oder wohnst du schon? Lösungsansätze für den Wohnungsmangel im Berliner Umland“ mit Dr. Andrej Holm (Stadtsoziologe, ehem. Berliner Staatssekretär für Wohnen), **Anita Tack** (MdL, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Brandenburg für Wohnungspolitik) und **Fritz Viertel** (Gemeindevertreter Schöneiche)
- 20. 9. 2017, 15 Uhr, Frankfurt (Oder), Marktplatz,
Wahlkundgebung dem Vorsitzenden der Europäischen Linkspartei Gregor Gysi

Zucker-Kasten – aus TRUMPS Twitter Tiraden



WALLS ARE NEEDED

Mauern machen ganz viel Sinn,
die andern draußen, wir sind drin,
Mauern braucht die freie Welt,
damit sie nicht zusammenfällt.



Automobilindustrie betrügt Verbraucher und gefährdet die Umwelt

Der Betrug der Konzerne kostet Menschenleben

Dieselfahrzeuge der Marken VW, Porsche, Audi und Daimler haben jahrelang mehr Schadstoffe ausgestoßen als angegeben wurde. Durch eine Software sorgten die Konzerne dafür, dass Grenzwerte für Abgase nur auf dem Prüfstand, nicht aber auf der Straße eingehalten wurden. Das führt zur Überschreitung der zulässigen und vertraglichen Abgaswerte in vielen Städten. Die Klimaziele, zu deren Erreichung bis 2020 sich Deutschland im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet hat, werden so verfehlt. Diese Emissionen belasten das Klima und gefährden die Gesundheit vieler Menschen. Laut Greenpeace starben in Deutschland seit Bekanntwerden des VW-Abgasskandals im September 2015 fast 20 000 Menschen durch Stickoxid-Emissionen. Die Automobilkonzerne machen weiterhin Milliardengewinne: 2016 waren es zum Beispiel bei VW 7,1 Milliarden, bei BMW 6,9 Milliarden, bei Daimler 8,8 Milliarden.

Korruption im großen Stil

Die Konzerne stehen unter Verdacht, ein Kartell gebildet zu haben. Über Jahrzehnte sollen sich VW, Porsche, Audi, Daimler und BMW über die Technik ihrer Fahrzeuge, über Kosten, Zulieferer, Märkte, Strategien und die Abgasreinigung ihrer Dieselfahrzeuge abgesprochen haben. Auch Politiker der Großen Koalition waren höchstwahrscheinlich informiert. Medienberichten zufolge habe das Kraftfahrt-Bundesamt, eine Unterbehörde des Verkehrsministeriums, bereits vor mehr als einem Jahr festgestellt, dass Porsche mit Abschalt-einrichtungen für seine Dieselmotoren arbeitet.

Der VW-Konzern erhielt einen öffentlichen Kredit der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 400 Millionen Euro für die Entwicklung sauberer Dieselmotoren. Mittlerweile hat das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, weil es auch hier Betrug vermutet: Die VW-Manager hätten gewusst, dass die Abgastests nur durch Manipulation bestanden wurden.

DIE LINKE fordert Konsequenzen:

■ Die Autokonzerne müssen zahlen.

Wir wollen, dass die Folgekosten nach dem Verursacherprinzip den Herstellern in Rechnung gestellt werden. Sie haben Autos produziert, die die zulässigen Werte um ein Vielfaches

überschreiten und dies vertuscht. Die Manager und die Eigentümer der Konzerne, die dafür verantwortlich sind, müssen auch mit ihrem Privatvermögen herangezogen werden. Wir lehnen es ab, dass die Autokonzerne für ihren Betrug auch noch mit Steuergeldern unterstützt werden.

■ Die Konzerne müssen die Fahrzeuge auf ihre Kosten umrüsten: Das von den Konzernen angebotene Software-Update ist nicht ausreichend. Die Stickoxid-Emissionen müssten um 80 Prozent und mehr reduziert werden, das geht nur durch den Austausch von Motorteilen. Die Sachverständigen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestags „Abgasskandal“ haben einstimmig ausgesagt, dass der Stand der Technik sowohl eine Einhaltung der Grenzwerte als auch eine Umrüstung hergibt. Die Einhaltung der Abgasnormen muss in Zukunft in unabhängigen Praxistests regelmäßig überprüft werden.

■ Verbraucherinnen und Verbraucher schützen: Es darf nicht sein, dass die Besitzer von Dieselfahrzeugen nun für den Betrug der Hersteller mit Fahrverboten büßen müssen. Sie haben die Fahrzeuge in gutem Glauben gekauft, dass sie weniger die Umwelt belasten.

■ Die verantwortlichen Manager müssen die Konsequenzen tragen. Wer nun vor Entlassungen der Belegschaft warnt, missbraucht die Beschäftigten als menschliches Schutzschild gegen politische Konsequenzen. Keinesfalls dürfen die Manager die Kosten auf die Beschäftigten abwälzen. Wenn jemand seinen Hut nehmen muss, dann müssen das die Verantwortlichen sein. Das Vertrauen in die Automobilindustrie wird nicht dadurch wieder hergestellt, dass es keine Konsequenzen gibt. Käuferinnen und Käufer müssen

sich wieder darauf verlassen können, dass „drin ist was draufsteht“.

■ Alexander Dobrindt muss zurücktreten. Ein Verkehrsminister, der Abgasmanipulationen deckt und sich in erster Linie den Konzernen verpflichtet fühlt, hat seinen Beruf verfehlt. Als Minister ist er nicht den Interessen der Autoindustrie, sondern den betrogenen Kunden verpflichtet. Aber angesichts von Parteipenden in Millionenhöhe beißen die Koalition und ihr Kabinett wohl kaum die Hand, die sie füttert. Dass Horst Seehofer jetzt über mögliche Sammelklagen gegen die Automobilindustrie spricht, ist ein billiges Ablenkungsmanöver. **Jahrelang blockierte die CDU/CSU die Möglichkeit solcher Sammelklagen im Bundestag.** Auf den letzten Metern der Wahlperiode ist so ein Vorschlag ebenso wohlfeil wie konsequenzlos.

■ Wir fordern einen dreimonatigen Praxistest in den am stärksten belasteten Städten und Ballungszentren: Der Nahverkehr wird kostenfrei gemacht. Auswirkungen auf Luftqualität und Mobilität werden systematisch ausgewertet.

Die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner an guter Luftqualität und die der Autokäufer und Autokäuferinnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Skandal zeigt: Eine echte Mobilitätswende ist dringend notwendig. Für den Schutz der Umwelt und ein lebenswertes Leben in den Städten können Umweltzonen einen wichtigen Beitrag leisten. DIE LINKE fordert außerdem einen kostenfreien Öffentlichen Personennahverkehr. Das wäre sozial gerecht und würde die Belastung durch Abgase mindern.

Informationen im Internet: www.die-linke.de
E-Mail: bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

